

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung.

Flotte und Getreidezollerhöhung.

Wochenlang scheidet unsere Politik wie ein Wasserchen dahin, das jeden Tag auszutrocknen droht, und dann wieder überflutet sich die Ereignisse wie die flutenden eine Wüchsbach nach einem Wollendamm. Heute hat man ein bedeutsames Ereignis zu melden, und morgen ist es fast schon vergangen, weil noch viel wichtigere Dinge in den Vordergrund treten und die öffentliche Aufmerksamkeit fast ausschließlich in Anspruch nehmen.

So verhielt es sich diese Tage mit den Verhandlungen der Budgetkommission des Reichstages. In der Generaldiskussion über die Flottenvorlage fand sich ein fast ganzlich ungehört hochschulterliches Kartell aus den konservativen und radikalen einer- und dem Centrum andererseits zusammen, und suchte der Regierung eine Erklärung zu Gunsten der Einführung höherer Getreidezölle bei den neuen Handelsverträgen zu entziehen — ein Vorgang, der geeignet war, die höchsten Zehnter in aller Kreise des Volkes hervorzuheben — und gleich darauf drängte die Annahme der wesentlichen Bestimmungen der Flottenvorlage in der Kommission alle diese Diskussionen in den Hintergrund. In der allgemeinen Genehmigung darüber, daß der von Manchem getriebene Konflikt nun höchst wahrscheinlich beendigt werden kann, begibt man sich zu schnell drohenden Stimmungen hin, die für einen kurzen Moment Platz greift.

Morgen schon können neue Kämpfe die Aufmerksamkeit des Volkes ablenken. Wir halten es deshalb für wichtig, so lange die Erinnerung an die wirtschaftliche Bereinigung der Konventionen und des Getreides nach in weiteren Kreisen wieder aufzufrischen ist, auf die Konsequenzen dieser neueren Kartellbildung hinzuweisen.

Bei der Beratung der Flottenvorlage in der Budgetkommission des Reichstages haben sich also die schönen Geelen von rechts und aus der Mitte des Hauses zusammengeschlossen in dem Streben, eine Erhöhung der Steuern zu bewirken, die schwerer belasten als die Getreidezölle durchzuführen. Herr Müller-Schäfer, der Finanzgelehrte des Centrums, unterstreicht sich von Gütern, die den er sich sonst als Vorbild genommen, durch sein eifriges Eintreten für die von dem freiwirtschaftlichen Abgeordneten stets scharf bekämpften Getreidezölle und hat die Bestätigung der Regierung zu Gunsten der Zollerhöhung in der Unterhandlungsbühnen haben, geschlagen. Nur ganz nebenbei wollen wir erwähnen, aus welchen Gründen unserer Aufstellung nach diese wirtschaftliche Rechtsprechung des Centrums erfolgt ist. Man hat offenbar durch, daß die Steuerarbeit des Bundes der Landwirtschaft, aus in manchen bisher schwerer Getreidemehrfachen von Erfolg begleitet sein könnte, und man sucht der Migration der Bänder dadurch zu begegnen, daß man sie in den Forderungen zu Gunsten der Landwirtschaft zu übertrumpfen trachtet. Dasselbe Rezept hat das Centrum immerzeit gegenüber dem Anwachen der Sozialdemokratie zur Anwendung gebracht; als hier immer weitere Vorkreuzerfreundlichkeit zu betonen. Die Herren Dipe und Gernowen scheinen gegenwärtig freilich etwas in den Hintergrund getreten zu sein. Wären sie es nicht, so würde wohl die Partei kaum auf die mit ihrer angeblichen Arbeiterfreundlichkeit wenig zusammenfassende Erhöhung der Getreidezölle verfallen sein.

Doch wie man sich auch die neueste Phase in der Entwicklung der Centrumpartei zu erklären hat, die Schwächung ist Tatsache, und wir stehen der für einen Liberalen keineswegs erfreulichen Entscheidung gegenüber, daß eine aus agrarischen konservativen Ultrakonservativen und Nationalliberalen zusammengesetzte Mehrheit des Reichstages bereit ist, der Flottenvermehrung unter der Bedingung zuzustimmen, daß die Regierung ihre Erhöhung der Landwirtschaftlichen Schutzzölle verpricht. Und der weiteren ebenfalls sehr unvorteilhaften Entscheidung, daß diese wirtschaftlich-reaktionäre Mehrheit alle Rechte daranlegen wird,

um möglichst schnell einen autonomen Zolltarif hochschulterlichen Charakters zusammen mit der eingekleideten und noch weiter einzuschleichen Regierung heranzuführen.

Angenichts dieser Verkopplung von Flottenvermehrung und Getreidezollerhöhungsplänen konnte nun ein Liberaler auf den Gedanken kommen, daß man gerade wegen dieses von den Reaktionen konstruierten Zusammenhanges die neue Marinevorlage aufs Gütlichste bekämpfen müsse. Wir seien indes nicht an, eine derartige Politik für eine ganz verkehrte zu erklären, die nur den Gegnern zu Gute kommen würde. Abgesehen davon, daß ein Politiker eine Vorlage, die er im Interesse des Vaterlandes für unbedingt notwendig hält, nicht deswegen ablehnen darf, weil ihm die Politik des Staates auf anderem Gebiete gegen den Krieg geht, wobei ein verachteter Widerstand der liberalen Opposition freilich ein Element gegen die Flottenvermehrung einer geschlossenen Majorität gegenüber ja auch gar keinen Erfolg haben. Eine Bekämpfung der Flottenvorlage wegen des Getreidezollerhöhungsartikels aber kann nur ein Liberaler empfehlen, der die Ursache und Wirkung mit einander betrachtet. Wenn die Flottenvermehrung zu sehen ist in den Kreisen des schmerzigen Kartells der Brodvertheurer, doch nicht etwa rege geworden, weil man auf keine andere Weise die Mittel zur Deckung der Flottenausgaben aufzubringen wußte — das Centrum erklärt sogar, die erhöhten Erträge aus den Zöllen sollten nicht für die Flotte verwendet werden — sondern der Umstand, daß die Regierung neben der Konventionen, die schließlich, wenn volens für die Flottenvermehrung votieren müssen, der Stimmen des Centrums für die Marinevorlage wie überhaupt meist in Landesvertheidigungsfragen bedürftig, hat diesen den Muth gegeben, der Regierung in der Getreidezollerhöhung die Viskose auf die Brust zu legen.

Wenn wir einmal den Fall annehmen, daß die gesammte Einkünfte für die Flottenvermehrung, und die Konventionen wohl oder übel ebenfalls dafür stimmen würden, müßte das Centrum ganz aus den Berechnungen ausscheiden könnte, so läge doch auf der Hand, daß dann die Regierung auf das Centrum gegenwärtig gar keine Rücksicht zu nehmen hätte und sich sehr wohl hätte, sich in Bezug auf die fünftägige Wirtschaftspolitik jetzt irgendwie die Hände zu binden. Nur der Umstand, daß die Regierung in den Wehrmachtsfragen bisher gar nicht auf die Einkünfte rechnen konnte, hat dem Centrum und den Konservativen eine Fülle von Möglichkeiten gegeben, die sie jetzt heften. Wohlstand sind die wirtschaftlichen Bestimmungen der Generalverordnungsstelle, des Fleischbeschaugesetzes und der lex Henneke-Baumgartenabzählungen, mit denen die Regierung auf die Flottenvermehrung des Centrums abnormen wollte. Wir haben früher schon ausgeführt, wenn der Gelammelburealismus, wie es durchaus keinen wirtschaftlichen Grund haben würde, würde sich häufig für die Entschleunigung unserer Seemacht und der Weltstellung des Reiches überhaupt ins Zeug legen wollte, so würde ihm auch die Berücksichtigung zu Theil werden, auf die er Anspruch erhebt, und auf die er kraft der durch ihn vertretenen wirtschaftlichen und politischen Kräfte auch Anspruch hat.

Wären wir also nicht den Forderungen in Marineangelegenheiten zu neigen! Benutzen wir nicht, ohne uns durch die neueste Pro-Konzernpolitik irgendwie verläßt zu lassen, an Schiffen alles das, was wir im Interesse unseres großen deutschen Vaterlandes für nötig halten! Doch hat die Resolution Müller-Schäfers — was wenigstens die Regierung nicht, und wenn Handel, Industrie und Landwirtschaft ihre Schuldigkeit in der Vertretung ihrer Interessen und der Gemächtheit thun, werden jene Herren diese Flottenvermehrung auch nicht bekommen. Der alte Erziehungslust, daß die Thatsachen fester sind als die Meinungen, erfüllt uns mit der Zuversicht, daß es bei der Erneuerung der Handelsverträge gelangen wird, die dem deutschen Volke aus der Unvollständigkeit unserer Agrarier drohende Gefahr zu beseitigen. Das kann freilich nur gelingen, wenn dem wideren Trotz des Unter-

thums und der fanatischen Konfessionspartei des Centrums gegenüber auch das Bürgerthum sich mit bestem Muth verhalten und nicht ruhig zuseht, bis das Unglück über Industrie, Handel und Arbeitererschaft, die Konventionen und das ganze Reich hereingebrochen ist.

Wie wir zuverlässig erfahren, ist über eine andere Fassung des Fleischbeschaugesetzes nach längeren Verhandlungen eine Verständigung zwischen Graf Pofadovsky und den Vertretern der Mehrheitspartien des Reichstages erzielt worden. In der heutigen Sitzung des Staatsministeriums soll die Kompromißfassung durch die Minister Graf Pofadovsky und Freiherr v. Hammerstein bekräftigt werden und dürfte vorwiegend die Zustimmung des Staatsministeriums finden. Diese Formulierung — in erster Reihe die Aufhebung des unterdrückten Verbot von Fleischfleisch — wird schon durch die Mehrheitspartien als Antrag zur dritten Lesung im Reichstage eingebracht werden. Die dritte Lesung des Fleischbeschaugesetzes soll noch in nächster Woche auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Jam Gemeindevahlrechtlich ist dem Abgeordnetenhaus vor einigen Tagen eine Petition des Berliner Magistrats zugegangen, in welcher auf die Nothwendigkeit der gesetzlichen Zulassung der Einseitigkeit der Wahlbezirke in sogenannten Abstimmungsbezirke hingewiesen wird. Wie bei dieser Gelegenheit bekannt wird, hat der Magistrat sich bereits vor mehreren Monaten mit einem bescheidenen Antrag an den Minister des Innern gewendet und um eine Veränderung der gesetzlichen Bestimmungen gebeten. Seit Jahrzehnten wurden nämlich in Berlin und den meisten anderen Großstädten die Wahlbezirke mit größter Wahlerzahl in Unterabteilungen mit eigenen Wahlvorständen getheilt. Durch ein unvorteilhaftes Merkmal des Oberverwaltungsgerichtes ist diese Zerlegung für ungesetzlich erklärt, so daß nunmehr die Wähler eines jeden Wahlbezirks vor einem Wahlvorstand zu wählen haben. Nach der in seiner Petition zum Ausdruck gebrachten Meinung ist dies nicht möglich, wenn anders der Verlauf der Wahlen den gesetzlichen Bestimmungen entsprechen soll. In der zur Vorbereitung des vorliegenden Gesetzentwurfs eingesetzten Kommission sind nun auch von verschiedenen Seiten Anträge auf Zulassung von Abstimmungsbezirken gestellt worden und die Vertreter der Staatsregierung sind für die Annahme dieser Anträge eingetreten. Gleichwohl haben dieselben nicht die Majorität in der Kommission erlangt.

Der Magistrat weist nun zehnmäßig nach, daß ohne Veränderung des Gesetzes ein ordnungsmäßiger Verlauf der Wahlen in der dritten Abtheilung nicht möglich ist. Diese Abtheilung ist für Berlin in 48 Wahlbezirke getheilt, in denen je ein Stadtverordneter zu wählen ist. Die Petition des Magistrats lautet: Die auf einem Wahlbezirk dieser Abtheilung entfallende Wahlerzahl beträgt im Durchschnitt 6000-7000. Wenn auch erlaubensmäßig nur höchstens 40 Prozent der eingeschriebenen Wähler zum Stimmabgabe erschienen, so ist es doch unmöglich 2400 bis 2800 Wähler an einem Tage vor ein Wahlvorstand zu lassen, auch wenn die Dauer der Wahlzeit so vermindert werden wird, wie dies hier in Berlin geschieht (zu 3 Uhr Morgens bis 5 Uhr Abends). Zur Abfertigung eines Wählers gehört bei einem Wahlvorstand eine halbe Stunde, so daß, selbst wenn sich das Geschehen der Wähler gleichmäßig auf die Wahlstunden vertheilt, in 11 Stunden nur 1820 Wähler ihre Stimmen abgeben könnten. In Wirklichkeit sind die Wahlstunden nicht gleichmäßig benützt, so in sehr vielen Fällen die Abfertigung eines Wählers bei mangelhafter Legitimation z. länger als eine halbe Stunde dauert und das Geschehen der Wähler zeitlich ein ungleichmäßiges ist, indem der Wahlvorstand in den Mittags- und Abendstunden hat, während wahlensanber der Wahlvorstand zeitlich unthätig sein muß.

Daraus ergibt sich die Unmöglichkeit einer gleichmäßigen Abfertigung der Wahl in der dritten Abtheilung. Dazu ist zu bemerken, daß in einigen Wahlbezirken die Wahlerzahl zwar geringer ist, als 6000, in anderen aber 8000 übersteigt. Wenn der Magistrat den Antrag auf die Wahlteilnahme auf höchstens 40 Prozent annimmt, so ist dies offenbar nur die allgemeine Durchschnittszahl, die dem ersten Wähler vor der Wahlzeit bis 3 Uhr Morgens, bei den Stimmabgaben in der dritten Abtheilung in der Stimmabgabe inoffiziell ist er stellenweise schon über 50 Prozent gestiegen. Die Ausdehnung der Wahl der dritten Abtheilung auf

Tagebuchblätter von der Weltausstellung.

(Von unserem Korrespondenten.)

22. April. Es ist Sonntag, das Wetter ist prächtig — nur zu heiß — und 174.189 Männer, Weiber und Kinder drängen sich durch die geöffneten Thüren ins Weltausstellungsparadies. Die Wägen — 131.396 — sind nicht nur zahlreich, sondern auch zahllose Besucher. Der größte Anhang ist beim letzten Eisenpalast am Sonderplatz. Jeder will wenigstens einmal den Eisenpalast nachsehen, der längst, wie man zu sagen pflegt, „brummt“ durch ist.

Dieses Sonntagspublikum ist ein Publikum von gelassenen Kleinbürgern und von Provinzialen. Sehr viel nett geputzte Damenkleine, Modistinnen, Gouturiere lassen sich von dem Jüngling herführen, mit dem sie, aus Erde und Stomachvoller Schwärmerei, sich gemeinsam durch diesen Weltausstellungsparadies bewegen. Die eleganten Leute und die Fremden sind in Langsamkeit kein Reizen. Sie lieben diese sonntägliche Menge nicht. Und viele von ihnen haben nach dem ersten Besuch, den sie der Ausstellung gemacht, geschworen, so bald nicht wieder zu kommen. Man sieht nichts, man atmet einen qualmigen Staub, und man erinnert sich die Zehnten. Man irrt tobende zwischen Eisenpalast und Eisenpalast herum, und man sucht vergeblich einen Platz, wo man sich in Frieden ausruhen könnte, ohne in Gefahr zu sein, mit Gips bespritzt zu werden. Es gibt ein paar Bänke und Stühle in der neuen Avenue Nicolas — einige wenige Restaurants sind auch schon geöffnet, aber das alles ist doch nicht „das Richtige“.

Und ich fürchte sehr, das Richtige wird es gar nicht geben. Ein einziges wirklich einladendes großes Gartenrestaurant, lauter langweilige, lustige Restaurationskafes, allesamt mit einer feinen Zerzele oder einem winzigen Vorgarten! Welch schöne, breite,

weitere Wirtschaftskontrollen hätte man am Seinerer Schaffen können! Aber das Ausstellungskomitee hat unerschöpflich die Möglichkeiten gefunden, und so hat jeder die paar Centimeter, die er gerade, so sehr als möglich ausgenutzt und lieber fünfzigfache Wirtschaftler gebaut statt Zerkoffen. Die meisten der großen Pariser Restaurateure haben sich gänzlich ferngehalten. Sie sagen ganz richtig: „Die eleganten Leute wollen nicht in dem Ausstellungsbereich sein, sie essen gern in Ruhe; sie wollen auch, daß man ihnen ihren Tisch reservirt, und in einem Ausstellungsrestaurant kann man, wenn man verdienen möchte, nicht sitzen.“ Und so ist es in allen anderen Restaurants, und in einem Ausstellungsrestaurant auf der Invalidenstraße sollte das Wiener Schnitzel zwei Franzosen, freilich spielt eine Musikstille das „Faterick“ dazu.

Wie der österreichische Markt sehr richtig sagt, daß man sein Schnitzel leichter verdient, wenn er es mit Musik versteht, so sollte die Ausstellungslösung sich legen, daß ein biskiten Muffet dem Publikum diesen Lebensgenuss durch die Weltausstellung erleichtern würde. Sobald die Trompeten blasen, marschieren die müden Wandertrompeten wieder freudiger. Aber diese Ausstellungslösung, die auf dem Standpunkte zu stehen scheint: „Man muß das Publikum nicht verwöhnen“, hat noch nicht das kleinste Ockerchen diesem unterer Agrarier drohende Gefahr zu beseitigen. Das kann freilich nur gelingen, wenn dem wideren Trotz des Unter-

Die wertvollsten Ausstellungsleiter verdinglich sehr offiziell, die Ausstellung werde am 1. Mai feiert und fertig sein. Sie hatten schon beschlossen, am 15. April sollte kein Gedenkfest sein. Heute, die nicht ganz so ungenügend in Mainz schwören, erklären heute, am 15. Mai würde das Werk vollendet daheim. Aber das alles sind nur hübsche Scherze. Die Ausstellung wird nicht am 1. und nicht am 15. Mai fertig sein. Die Arbeit geht in einem wahren Schreden-

tempo vorwärts. Die Penelope immer wieder aufzubreit, was sie gewohnt, scheinen diese braven Arbeiter Nacht zu schaffen, was sie bei Tage geschaffen. Der interessanteste Teil einer Ausstellung ist für die große Menge gewöhnlich die kunstgewerbliche Abtheilung. Es läßt sich kaum schildern, wie es auf der Invalidenstraße, wo das Kunstgewerbe haust, heute noch aussieht. In dem Palast des nationalen Kunstgewerbes, wo es vom ersten Tage an schon sehr viel zu sehen gab, macht die Arbeit ja große Fortschritte — in der deutschen Abtheilung eröffnet der unermeßliche Professor Hollaender, dessen wirklich aufopfernde Anstrengung durch den glänzenden Erfolg belohnt werden wird, täglich ein neues Museum, — aber das Publikum mag sich nur sehr spärlich in diese Regionen, denn der Weg ist zu kommen, daß in einigen Wahlbezirken die Wahlerzahl zwar geringer ist, als 6000, in anderen aber 8000 übersteigt. Wenn der Magistrat den Antrag auf die Wahlteilnahme auf höchstens 40 Prozent annimmt, so ist dies offenbar nur die allgemeine Durchschnittszahl, die dem ersten Wähler vor der Wahlzeit bis 3 Uhr Morgens, bei den Stimmabgaben in der dritten Abtheilung in der Stimmabgabe inoffiziell ist er stellenweise schon über 50 Prozent gestiegen. Die Ausdehnung der Wahl der dritten Abtheilung auf

An diesem Sonntage sollte die Ausstellung zum ersten Male öffentlich besucht sein. In der neuen Avenue Nicolas, auf der Invalidenstraße und auf dem Boulevard des Invaliden wird ein ganz elektrische Angelegenheit. Zugwägen, in allen Verbindungsstraßen, auf den Canals, in den Anlagen war es flüchtig Nacht. Ich sah die Unglücklichen, die von zehn von diesem Nachtliche heimkehrten. Viele hinter, alle tragen so viel Gips auf ihren Kleidern davon, daß die große Gipsstreuung, die in Paris ausgehen ist, sehr begreiflich wurde. Die Fremden, welche diese Szenen in ihr